

# ROSENHEIMER RUNDBRIEF, NR. 81

WEITERE THEMEN IN  
DIESER AUSGABE:

Ursachenforschung	2
Der Koalitionsvertrag	3
Persönlich gesehen	4

## Nachlese Bundestagswahl

**Eine Mehrheit für Schwarz-Gelb, eine schallende Niederlage für die SPD - das Ergebnis der Bundestagswahl war für uns alle ein Schock. Unser Ergebnis ist nicht nur im Bund und in Bayern eine Katastrophe sondern auch im Wahlkreis. Auf einer Wahlkreis-Konferenz in Rosenheim bin ich deswegen bereits mit den Ortsvereinen zusammgekommen, um die Gründe zu analysieren. In Dresden haben wir im Rahmen des Parteitags Selbstkritik geübt und den Kurs neu abgesteckt.**

Um das Wahlergebnis in Rosenheim analysieren zu können, ist ein Blick auf die Wählerwanderung hilfreich. Dabei zeigt sich, dass die SPD im Wahlkreis Rosenheim die **stärksten Verluste durch eine Wählerwanderung hin zu den Grünen** einstecken musste. Rund 6.500 WählerInnen haben wir bei der Wahl an die Grünen verloren, gefolgt von rund 5.700 WählerInnen, die in das Lager der Nichtwähler gegangen - also zu Hause geblieben - sind. Rund 1.400 Wähler haben wir an die FDP verloren und rund 1.100 an die Linkspartei. An die CSU haben wir unterm Strich 260 WählerInnen verloren. **Die Wählerwanderung liegt im Bayern-Trend. Im Wahlkreis** haben wir bei Erst- und Zweitstimmen etwas geringer verloren als im Bayern- und im Bundeschnitt, die **CSU** deutlich überdurchschnittlich.

Massive Verluste haben wir **bundesweit** bei den **JungwählerInnen** (nur noch 16%; d.h. minus 18%!). 2005 hatten wir bei den jüngsten WählerInnen unser bestes Ergebnis. Bei den JungwählerInnen haben **FDP, Grüne und Sonstige** (z.B. Piratenpartei) ihre besten Ergebnisse. Bei den 25-34-jährigen Männern erreicht die FDP 21%, die Piratenpartei bei männlichen Erstwählern 13%.

**Unser bestes Ergebnis haben wir - wie auch die Union - bei den über 60-Jährigen.** Bei den **RentnerInnen** liegt die Union (40%) vor der SPD (29%). Trotz starker und sehr schmerzhafter Verluste (minus 14%) ist die SPD noch stärkste Kraft bei **Gewerkschaftsmitgliedern** (34%). Bei **Arbeltern** führt die Union (29%) vor SPD (24%) und einer starken Linkspartei (18%).

Die **Grünen** haben ihr bestes Ergebnis bei Beamten, Selbständigen und jüngeren Frauen - ihr schlechtestes bei Rentnern und Arbeitern. Sie sind im Westen (11,5%) deutlich stärker als im Osten (6,8%) und konnten sich im Westen überdurchschnittlich verbessern. Ihnen wurde umwelt- sowie eine hohe familienpolitische Kompetenz zugeschrieben.

Die **Linkspartei** hat ihr bestes Ergebnis bei den 45-59-Jährigen erzielt (15%) und ist bei Männern beliebter als bei Frauen. Sie war bei **Arbeitslosen** mit 31% die stärkste Kraft, vor der SPD (19%) und war stark bei den **Arbeltern**. Bei Erstwählern und Rentnern schnitt sie durchschnittlich ab, bei Angestellten und Selbständigen unterdurchschnittlich. Während sie im Westen 8,3% holte (+3,4%), erreichte sie **im Osten 28,5%** (+3,2%) und wurde weit vor uns (17,9%) zweitstärkste Kraft.

Die **FDP** war vor allem bei Männern beliebt. Ihr wurde beim Thema „Steuern“ eine hohe Kompetenz und generell hohe Glaubwürdigkeit zugeschrieben. Sie hat ihr bestes Ergebnis bei Selbständigen (26%) und Angestellten (16%). Sogar 10% der Arbeitslosen wählten die FDP. Sie ist im Westen (15,4%) deutlich stärker als im Osten (10,6%) und hat ihre höchsten Zuwächse im Westen.

Die **Union** konnte, anders als früher, viele Frauen von der SPD gewinnen, verlor aber Männer an die FDP. Im Osten verbesserte sich die Union auf 29,8% (+4,5%). Der Union wurde eine höhere **Wirtschaftskompetenz** zugesprochen als uns aber auch mehr Kompetenz in Familien-, Bildungs- und Rentenpolitik. Die **CSU** verlor in Bayern massiv und verhinderte ein besseres Unionsergebnis.

**Bundesweit** haben wir 2,04 Mio. WählerInnen an die Nichtwähler verloren, 1,1 Mio. an Linkspartei, 900.000 an Grüne, 900.000 an CDU/CSU und über 500.000 an die FDP. **Im Westen haben wir überdurchschnittlich an Grüne und FDP verloren, im Osten stärker an Linkspartei und CDU.** Es gab die **schlechteste Wahlbeteiligung seit Kriegsende** (72,2%).

## Ursachenforschung Bundestagswahl

### Glaubwürdigkeit

Wir hatten ein **massives Glaubwürdigkeitsproblem**. Die **Mehrwertsteuererhöhung und die Rente mit 67** haben unserer Glaubwürdigkeit geschadet. Hinzu kamen **Kompromisse** in der Großen Koalition, **Ypsilanti** und die **Dienstwagengeschichte**. Laut Analyse waren die meisten **WählerInnen nicht sicher, welchen Kurs sie kriegen**, wenn sie SPD wählen. Dazu haben **Flügelkämpfe** und das ungeklärte Verhältnis zur **Linkspartei** beigetragen. Als **besonders glaubwürdig** galten, nach 4 bzw. 11 Jahren Opposition, **Grüne** und **FDP**. Ähnlich wie bei CDU und Linkspartei fanden uns nur 30% der WählerInnen glaubwürdig. **Schlechter war nur die CSU (25%)**.

### Kompetenz

Wir haben massiv **Kompetenz und Vertrauen bei Arbeitern und Arbeitslosen** verloren, die sich stärker der Linkspartei zuwandten. Hier müssen wir die Sorge vor dem Abstieg durch **Arbeitslosigkeit** und insbesondere **Arbeitsarmut** ernst nehmen, gerade für die **Arbeiter mittleren Alters**. Kompetenz haben wir auch in der **Familienpolitik** verloren. Uns fehlte ein **„familienpolitisches Gesicht“**, um unsere Erfolge zu verkaufen. Dies könnte Manuela Schwesig vielleicht zukünftig werden.

Insbesondere bei **Jungen Menschen** haben wir Vertrauen verloren. Unsere Zustimmung zur Internet-Sperre für Kinderpornografie wurde z.B. als Einstieg in die Internet-Zensur gesehen. Laut Analysen haben wir auch kaum **„Zukunftskompetenz“** zugesprochen bekommen, wohl auch wegen der Unsicherheit über unseren zukünftigen Kurs.

Nur noch 15 % der Menschen haben die **Wirtschaftskompetenz** bei uns gesehen. Zwar haben wir einen wesentlichen Anteil am **Aufschwung** gehabt. Wir hatten jedoch Pech, dass der Aufschwung erst kurz vor der Bundestagswahl 2005 begann und **Merkel sofort behauptete, dass es ihr Aufschwung sei** („Seit die Union regiert, geht es wieder aufwärts“). Auch mit unserem **Wirtschaftskrisenmanagement** konnten wir nicht punkten. Steinbrück, Steinmeier und Scholz haben die Arbeit gemacht, Merkel hat präsentiert.

### Machtperspektive

Alle Meinungsforscher und die meisten Medien haben schon Monate vor der Wahl gesagt, dass es für **Rot-Grün** nicht reicht. Das hat natürlich das Wahlverhalten beeinflusst. Andere Machtperspektiven fehlten, nachdem die FDP eine **Ampel-Koalition** und wir selbst **Rot-Rot** sowie **Rot-Rot-Grün** ausgeschlossen hatten. In den Augen der WählerInnen gab es also nur eine Machtperspektive für die SPD: Die **Weiterführung der Großen Koalition**, wahrscheinlich als geschrumpfter Junior-Partner. Das war keine attraktive Machtperspektive und hat viele Anhänger auch nicht motiviert zur Wahl zu gehen. Denn es fehlte damit auch der Glaube, dass wir große **SPD-Projekte** vom Mindestlohn bis hin zur Bürgerversicherung nach der Wahl überhaupt **umsetzen** können.

### Mobilisierung

Was eine Stimme für die SPD bringt, **war vielen Menschen unklar**, daher war die Mobilisierung der SPD-Anhänger ohnehin schwierig. Uns fehlte zudem ein großes Mobilisierungsthema - auch weil **Angela Merkel** um je-

den Preis diesmal **keine Angriffsfläche** bieten wollte. So versprach sie vor der Wahl u.a. dass es keine Verschlechterungen beim Kündigungsschutz oder die Rücknahme der Mindestlöhne geben werde, eine Kopfpauschale im Gesundheitswesen schloss sie aus. Ansonsten blieb sie bei unangreifbaren Floskeln („wir wollen Wachstum“) ohne konkret zu werden und sich festzulegen.

Sie erweiterte das inhaltliche Potenzial für die Union durch **folgenlose aber öffentlichkeitswirksame Inszenierungen** wie „Bildungs- und Integrationsgipfel“ sowie **Fotos** vor Gletschern („Klimakanzlerin“) und mit dem Dalai Lama. **Merkel nahm den Menschen geschickt die Angst vor Schwarz-Gelb, indem sie sich selbst sozialdemokratisch rot färbte**. Unsere Kampagne gegen Schwarz-Gelb zog deswegen nicht. Zumal Merkel über Parteigrenzen hinweg glaubwürdig und beliebt wirkte. Ihr Kalkül ging auf: Der SPD Stimmen abnehmen und dafür in Kauf nehmen, dass enttäuschte Unionswähler zur FDP gehen aber damit bei Schwarz-Gelb bleiben. Eine Folge war allerdings das schlechteste Ergebnis für die Union seit 1949.

Uns fehlten **einfache, attraktive Botschaften**. FDP-Anhänger hatten z.B. ein klares Bild: Stimme für **FDP=mehr Geld** für Mittelschicht & Familien. Stimme für **Grüne=Ökokurs + mehr Geld** für Bildung & Soziales. Stimme für **Linkspartei=mehr Geld** für Arbeitslose & Sozialleistungen. Stimme für **CDU=Merkel bleibt Kanzlerin + mehr Geld** für Mittelschicht & Familien. Es hat unserer Beliebtheit offensichtlich auch nicht unbedingt genutzt, dass wir als einzige darauf hingewiesen haben, dass für Geschenke derzeit kein Geld da ist.

## Die Verantwortungslosen: Der Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb

Die von Angela Merkel im Wahlkampf zitierte schwäbische Hausfrau tränen bei dem Kurs von Schwarz-Gelb die Augen. Mit **Schattenhaushalten und Trickserei** soll die Verschuldung möglichst versteckt in die Höhe getrieben werden, um auf Pump Lobbygruppen großzügig bedienen zu können.

**Völlig konzeptionslos zusammengewürfelte Maßnahmen** wie Absetzbarkeit von Steuerberatungskosten, reduzierte Mehrwertsteuer für Hotels, Entlastung von Nichten und Neffen bei der Erbschaftssteuer und dauerhafte Subvention von Agrardiesel werden mit einer Erhöhung von Kinderfreibetrag und Kindergeld als **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** verkauft. 2,3 Mrd. der Gesamtkosten (8,4 Mrd.) sollen die Länder tragen, 1,6 Mrd. € die Kommunen.

Was davon abgesehen an „Steuerentlastungen“ kommt, steht in den Sternen. Zuletzt war von **20 Mrd. Euro ab 2011** und einem Stufentarif die Rede. Finanzminister Schäuble (CDU) sagt, dass für eine große Steuerreform wohl „leider“ doch kein Geld da sei.

Steuersenkungen finanzieren sich bestenfalls zu einem Drittel selbst. **Mindestens zwei Drittel müssen also dauerhaft gegenfinanziert werden** - anders als einmalige Konjunkturmaßnahmen - und zwar durch **neue Schulden oder dauerhafte Kürzungen**. Die Argumentation „wenn mehr Geld in der Tasche ist, wird es ausgegeben, was die Wirtschaft ankurbelt“ passt nicht zu den konkreten Plänen. Ginge es um die Binnenwirtschaft, müssten gezielt die kleinsten Einkommen entlastet werden. **Diese zahlen jedoch gar keine Steuern.**

**CDU und CSU hatten versprochen, Steuersenkungen durch „Wachstum“ gegenzufinanzieren, die FDP durch Wachstum und Subventionsabbau. Ergebnis: Neue Subventionen plus hemmungslose Neuverschuldung, obwohl Schulden die Steuererhöhungen von morgen sind.**

**Unlon und FDP behaupten, dass Steuersenkungen Wachstum bringen. Auf Deutschland bezogen ist jedoch der einzige wissenschaftlich erbrachte Fakt, dass Steuersenkungen zu mehr Schulden führen.**

**Das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ ist in Wirklichkeit ein Schuldenbeschleunigungsgesetz. Es wird komplett durch neue Schulden gegenfinanziert.**

**Kleine Einkommen, Familien und Rentner werden durch Steuerentlastungen kaum erreicht. Im Gegenteil: Ihnen droht wegen der steigenden Sozialabgaben mit Schwarz-Gelb weniger Netto vom Brutto. Also auch: Weniger Kaufkraft, weniger Wachstum.**

**Es soll eine Kopfpauschale mit „einkommensunabhängigen Arbeitgeberbeiträgen“ geben. Die Sekretärin zahlt dann den gleichen Betrag wie Ihr Chef. Arbeitgeberbeiträge sollen sowohl bei Gesundheit als auch Pflege eingefroren werden. Es geht also um eine Entsolidarisierung der sozialen Sicherung.**

Doch auch wer Steuern zahlt, sollte sich nicht zu früh freuen. Fest geplant ist ein zusätzlicher Pflichtbeitrag für die **Pflegeversicherung**, bei den Krankenversicherungsbeiträgen sollen die Versicherten alle Kostensteigerungen künftig **allein** bezahlen, der Arbeitgeberanteil wird eingefroren. In der Diskussion zur Gegenfinanzierung der geplanten **Kopfpauschale** ist die Abschaffung der **beitragsfreien Familienversicherung**.

Weil die finanziell bereits jetzt überforderten Länder und Kommunen die Rechnung zum Teil begleichen sollen, drohen **höhere Gebühren** (Kindergärten, Hochschulen, Personennahverkehr) & **Leistungskürzungen** (Personal für Kindergärten, Schulen, Bibliotheken, Volkshochschulen, Kinder- und Jugendhilfe, ÖPNV). Je mehr die Steuern gesenkt werden, desto mehr Leistungen werden gekürzt.

Anders als von CDU/CSU versprochen, wird es **keine gebührenfreie Kinderbetreuung** geben, stattdessen **Betreuungsgeld**, das nur gezahlt wird, wenn Kinder aus frühkindlicher Bildung und Integration abgemeldet werden. Die „Potentiale“ **grüner Gentechnik** sollen jetzt doch „genutzt“ und die Vorschriften gelockert werden. Ilse Aigner (CSU) hat bereits auf EU-Ebene für den Import von neuem GenMais gestimmt. **Solarförderung** will „Klimakanzlerin“ Merkel kürzen. Die Atomgiganten sollen doch nicht einen Großteil (mehr als 50%) der **zusätzlichen Gewinne durch die Laufzeitverlängerung** abgeben sondern nur einen „wesentlichen“ Teil. Die Atomaufsicht wird künftig von einem Atomlobbyisten geleitet. Die bereits **bestehenden Mindestlöhne** werden „überprüft“ und ggf. abgeschafft.

**Impressum:**

Bürgerbüro  
Angelika Graf MdB  
Am Nörreut 19  
83022 Rosenheim  
Telefon: 08031-98230  
Fax: 08031-299023  
E-Mail: angelika.graf@wk.bundestag.de  
Internet: www.grafspd.de

Abgeordnetenbüro  
Angelika Graf MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030-227 77313  
Fax: 030-227 76792  
E-Mail: angelika.graf@bundestag.de

Für uns in Berlin:  
**Angelika Graf**

**SPD**

## Persönlich gesehen...

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mich bei allen herzlich bedanken, die mich im Wahlkampf unterstützt und mir bei der Bundestagswahl ihr Vertrauen geschenkt haben.

Das Ergebnis ist für uns alle ziemlich frustrierend, gerade weil wir so gekämpft haben. Dennoch bin ich optimistisch, dass wir aus diesem Tal der Tränen bald wieder herauskommen. Denn die Menschen merken, dass es **keine ehrlichen Entlastungen mit Schwarz-Gelb** gibt sondern **stattdessen die Entsolidarisierung der sozialen Sicherung und eine Umverteilung von unten nach oben** das Ziel sind. Sie merken, dass die neue Regierung, die ja bereits mit Arbeitsminister Jung den ersten Rücktritt zu verzeichnen hat, völlig zerstritten, überfordert, orientierungslos und - siehe Schulden - völlig **verantwortungslos** ist.

Doch nicht nur die schnelle Entzauberung von Schwarz-Gelb sondern auch die beim Parteitag in Dresden eingeleitete **Neuordnung** innerhalb der SPD wird uns helfen, zu alter Stärke zu finden. Dazu gehört vor allem mehr Demokratie innerhalb der SPD statt einsame Entscheidungen. Die Ortsvereine und Unterbezirke sollen deswegen dem Parteivorstand im Rahmen der Wahlanalyse ihre **Erfahrungen und Bewertungen mitteilen**. Diese sollen **Anfang 2010** auf einer Konferenz aller Unterbezirke vorgestellt werden, daraus sollen Schlussfolgerungen für die Neuaufstellung gezogen werden.

Mit einem **Gegenentwurf zur schwarz-gelben Poltik** werden wir in den nächsten Jahren klarstellen, dass die Mitte in diesem Land links ist und wir die Partei sind, die diese **linke Mitte** vertritt. Die Menschen wollen keine Kopfpauschale im Gesundheitswesen sondern mehr Solidarität mit einer Bürgerversicherung, sie wollen keinen Ausstieg der Arbeitgeber aus der sozialen Sicherung und keine Energiewende zurück zur Atomkraft und weg von der erneuerbaren Energie. Den schuldenfinanzierten Geschenken von Schwarz-Gelb an ausgewählte Lobbygruppen werden wir eine **echte Wachstumsstrategie** entgegenstellen. Dabei müssen wir es schaffen, verloren gegangenes Vertrauen wiederzugewinnen.

Als neuer Parteivorsitzender soll **Sigmar Gabriel** diesen Kurs vorantreiben, unterstützt von **Andrea Nahles** als Generalsekretärin und vier Stellvertretern - **Klaus Wowereit, Hannelore Kraft, Olaf Scholz** und **Manuela Schwesig**. Die Fraktion in Berlin wird **Frank-Walter Steinhilber** führen. Damit haben wir eine schlagkräftige Führung, die der neuen Regierung auf allen Ebenen Paroli bieten kann.

Ich möchte weiter mit vielen **Veranstaltungen** dafür sorgen, die SPD bei uns vor Ort sichtbar zu machen. Ihr könnt mir jederzeit gerne mitteilen, wenn Ihr bei Euch zu einem bestimmten Thema gerne mal eine Veranstaltung hättet. Je nach den Rückmeldungen, werde ich dann versuchen, das zu organisieren.

Eure Angelika

## MEINE WICHTIGSTEN TERMINE IM DEZEMBER 2009

30.11.bis 04.12.	<b>Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin</b>
07.12. 19.30	Stadtratsfraktion, Rosenheim
08.12. 18.30	Treffen mit Bürgerinitiative A8 in Achenmühle
10.12. 19.00	Vorstand „Gesicht zeigen“ in Rosenheim
13.12. 14.00	AG Strategie BayernSPD, Nürnberg
14.12.bis 18.12.	<b>Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin</b>
24.12.	<b>Hellgabend!</b>
31.12.	<b>Silvester!</b>
01.01.bis 10.01.	<b>Urlaub!</b>

